



Veröffentlicht in: NZZ, 7. März 2017

Wider den nationalen Etatismus

Die neue US-Regierung steht auch bei uns in der Kritik. Es wäre aber wünschenswert, dass der kollektivistische Isolationismus in der Schweiz ebenso laut angeklagt würde.

Ein Kommentar von Pierre Bessard

Der eingeleitete Rückzug vom internationalen Freihandel, die Ankündigung der Mauer an der Grenze zu Mexiko, die angebliche Sicherung von Arbeitsplätzen in den USA: Mit diesen und anderen Beschlüssen hat der neue US-Präsident rasch von sich reden gemacht. Sie basieren alle auf demselben ideologischen Fundament eines auf die Nation fokussierten, protektionistischen Etatismus. Diese Doktrin wird durch die Überhöhung der Nation und die Geringschätzung der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen internationalen Vernetzung, der regionalen Gemeinschaften und der individuellen Person definiert.

Debatte um künftige Medienpolitik mit satirischen Zügen

Obwohl meist ausgesprochene Gegner der neuen US-Politik, verteidigen auch hierzulande diverse Exponenten mit Vehemenz dieselbe Doktrin des nationalen Etatismus. Dies nimmt etwa in der derzeitigen Debatte um die künftige Medienpolitik fast satirische Züge an. So lassen sich Politiker des linken Spektrums regelmässig zur Aussage hinreissen, sie seien Patrioten und setzten sich deshalb für einen durch Steuern finanzierten «starken Medienplatz Schweiz» ein. Jene, die sich für eine freiheitlichere Medienlandschaft ohne Staatsfinanzierung einsetzen, nähmen in Kauf, dass die SRG geschwächt würde und Werbegelder deshalb ins Ausland fließen könnten – was ihrer Meinung nach schlimm wäre.

Die SRG-Chefetage arbeitet bekanntlich seit ewig mit dem leidenschaftlichen Appell an das nationale Kollektiv. Es ginge darum, den «nationalen Zusammenhalt» zu fördern und die «ausländische» Konkurrenz zu verhindern. Als ob es die Schweiz vor der SRG nicht gegeben hätte und Zwangsbeiträge für die Verdrängung tatsächlich gewünschter privater Medienerzeugnisse entscheidend für das friedliche Gedeihen der Schweizer Gesellschaft wären.

Erprobte eidgenössische Werte wie das Hochhalten der individuellen Wahlfreiheit, die Ethik der Eigenverantwortung, die Achtung vor fremdem Eigentum und die kantonale Entscheidungshoheit im Wettbewerbsföderalismus sind für den Erfolg und den Zusammenhalt der Schweiz wohl wesentlicher als subventionierte Medien.

Analog zum neuen US-Präsidenten und zu den SRG-Abschottungsaposteln greifen offenbar auch grüne Subventionsjäger zum nationalistischen Protektionismus, um mittels einer staatlich verordneten «Energiewende» Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern und dafür zu sorgen, dass «kein Geld ins Ausland fließt», sondern «hier bleibt». Die Leidtragenden sind auch hier die einzelnen Konsumenten, die gemäss dieser Doktrin zur Zahlung von übermässigen Steuern und administrierten Preisen zugunsten enger Partikularinteressen genötigt werden sollen – mit dem illusorischen Ziel, damit «die Nation» zu stärken.

Der nationale Etatismus ist heute praktisch in allen Politikfeldern geradezu omnipräsent. Mehr und mehr Wirtschaftsbereiche werden damit zu neuen «Landwirtschaften». Die durch Steuergelder und Zölle geprägte Agrarpolitik erhebt bekanntlich seit langem den Anspruch einer nationalen Überlegenheit gegenüber dem Ausland. In der verstaatlichten Altersvorsorge ist es kaum anders. Nachdem 1931 noch über 60 Prozent der Bürger die Einführung einer nationalen AHV abgelehnt hatten, wurde unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs die Verstaatlichung der Altersvorsorge dank den Sonderrechten des Bundesrates Tatsache.

Die finanziell auf immer wackligeren Füßen stehende AHV wird heute als «nationale Errungenschaft» gefeiert, obwohl sie im diametralen Widerspruch zum Solidargedanken steht, der auf die echten Bedürfnisse der unverschuldet in Not Geratenen gerichtet ist.

Handel und Zuwanderung werden politisiert

Die nationale sozialstaatliche Umverteilung führt auch dazu, dass sich das Land zum Schutz dieser Kollektivierungswerke immer stärker einigeln muss – beispielsweise in Bezug auf Einwanderungsgesetze. Aufgrund der Sorge vor ungerechtfertigter Bereicherung an den Geldtöpfen des Wohlfahrtsstaates durch Zuwanderer wird auch die Marktzuwanderung zugunsten einer politisch bestimmten Bevorzugung der «Einheimischen» zunehmend infrage gestellt.

Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz wird sich eine vom nationalen Sozialdemokratismus geprägte Gesellschaft über kurz oder lang zwangsläufig in eine weniger offene Gesellschaft verwandeln. Handel und Zuwanderung werden zunehmend politisiert und nicht mehr einwandfrei durch freiwillige Transaktionen bestimmt. Die freie Gesellschaft wird mehr und mehr durch einen sich ausbreitenden staatlichen Interventionismus in Mitleidenschaft gezogen, während vor dem lauten Nationalkollektiv das Erbe der Aufklärung – nämlich die universell gültigen persönlichen Eigentumsrechte – langsam verblasst.

Der Ideologie des nationalen Etatismus sollte daher gewiss auch in der Schweiz entschlossener die Stirn geboten werden.

Der Autor ist Direktor des Liberalen Instituts.